

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.12.2023

Inhalt

EWN

1 Kein Logistikzentrum für das Endlager Konrad <i>Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, 12.12.2023</i>	3
2 Risse bei Atommüllfässern in abgeschaltetem AKW entdeckt <i>Welt.de, 12.12.2023</i>	5
3 Bericht zu Kosten der Stilllegung und des Rückbaus der AKW <i>bundestag.de, 12.12.2023</i>	6



 Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz | 12.12.2023

 WEBLINK

Kein Logistikzentrum für das Endlager Konrad

Rechtzeitige Realisierbarkeit in Würgassen und anderswo nicht gegeben

Das Projekt "Zentrales Bereitstellungslager / Logistikzentrum für das Endlager Konrad (LoK)" lässt sich aufgrund zu vieler rechtlicher und planerischer Risiken voraussichtlich nicht rechtzeitig und damit auch nicht wirtschaftlich umsetzen. Das haben die Prüfungen des Bundesumweltministeriums (BMUV) ergeben, das bis Ende dieses Jahres einen Grundstückskauf für das LoK in zweistelliger Millionenhöhe freizugeben hätte. Daher hat das BMUV entschieden, das Vorhaben zu beenden und eine wahrscheinliche Fehlinvestition von rund zwei Milliarden Euro zu vermeiden. Für das Endlager Konrad bedeutet dies, dass es zu keiner deutlichen Verkürzung der aktiven Betriebszeit kommen wird, die mit dem LoK angestrebt war. Die BGZ wird nun ihre vorhandenen Planungen für eine dezentrale Belieferung des Endlagers Konrad intensivieren, die sie vorsorglich parallel zu den Arbeiten am LoK begonnen hatte.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: "Wir haben uns dafür entschieden, das Verfahren für ein gesondertes Logistikzentrum für das Endlager Konrad zu beenden. Damit schaffen wir Klarheit und Verlässlichkeit für alle Beteiligten. Intensive Prüfungen des Bundesumweltministeriums und der fortwährende Austausch mit den beteiligten Landesregierungen führen zu einem klaren Ergebnis: Das Logistikzentrum lässt sich nicht mehr rechtzeitig realisieren, um wie ursprünglich geplant schwach- und mittelradioaktive Abfälle schneller in das Endlager Konrad einlagern zu können. Ein zu spät fertig werdendes Logistikzentrum wäre nach sorgfältiger Abwägung aller Fakten eine milliardenschwere Fehlinvestition, die es zu vermeiden gilt. Das notwendige Ende des Logistikzentrums bedeutet aber auch, dass das Endlager Konrad nun länger in Betrieb sein wird. Die Transporte dorthin aus Atommüll-Zwischenlagern im ganzen Land werden unsere Gesellschaft über Jahrzehnte belasten. Insbesondere die Menschen, die an den Zwischenlagern und in der Endlager-Region leben, verdienen unseren Respekt und unsere Dankbarkeit. Es ist gut, dass wir dank Atomausstieg keine weiteren radioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken mehr produzieren. Das

Atommüll-Problem ist bereits groß genug. Es gilt, dieses mit aller Kraft zu lösen."

Mit dem Entsorgungsübergangsgesetz von 2017 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, ein zentrales Bereitstellungslager für das Endlager Konrad zu errichten, um dessen Betriebszeit deutlich zu verkürzen und die betreffenden Zwischenlager schneller zu räumen. Die Planungen der BGZ für dieses zentrale Bereitstellungslager, das LoK, begannen im Jahr 2018. Nach einem umfassenden Suchprozess für einen geeigneten und realisierbaren Standort gab die BGZ am 6. März 2020 bekannt, das LoK am Standort des stillgelegten Atomkraftwerks Würgassen errichten zu wollen. Für das erforderliche Grundstück sicherte sich die BGZ beim Kraftwerksbetreiber eine Kaufoption, die Ende dieses Jahres ausläuft. Eine Verlängerung lehnte der Betreiber ab.

Fortlaufende Prüfungen des BMUV zur Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit des LoK erreichten mit der bis Ende des Jahres zu treffenden Entscheidung über den erforderlichen Grundstückskauf einen wichtigen Haltepunkt. Grundsätzlich hält das BMUV ein Logistikzentrum für sinnvoll und wünschenswert. Zu entscheiden war, ob sich mit ausreichender Zuverlässigkeit zum jetzigen Zeitpunkt prognostizieren lässt, die mit dem LoK verbundenen Ziele zu erreichen, um diese Ausgabe für den Grundstückskauf in zweistelliger Millionenhöhe zu rechtfertigen. Dies ist nicht der Fall. Diverse planerische, raumordnungs- und baurechtliche sowie weitere rechtliche Hürden scheinen zwar grundsätzlich lösbar, jedoch insgesamt nicht in einem solchen Zeitraum, dass sich das LoK noch mit ausreichender Zuverlässigkeit rechtzeitig in Betrieb nehmen ließe. Denn das LoK erreicht nur dann den notwendigen Beschleunigungseffekt für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiven Abfälle, wenn es nicht erst Jahre nach Inbetriebnahme des Endlagers Konrad fertiggestellt wird.

Da die Planungen und Arbeiten für ein Logistikzentrum am Standort Würgassen bereits fortgeschritten

waren, ist nicht zu erwarten, dass es sich an einem anderen Standort, der zudem erst gefunden werden müsste, schneller realisieren ließe. Daher hat das BMUV, das die Bundesrepublik Deutschland als Alleingesellschafterin der BGZ vertritt, entschieden, das Projekt LoK insgesamt einzustellen. Die BGZ hatte aufgrund der bestehenden Unwägbarkeiten vorsorglich bereits damit geplant, das Endlager Konrad vor einer LoK-Inbetriebnahme zunächst dezentral zu beliefern. Diese Planungen werden mit Wegfall des LoK nun intensiviert.

Insgesamt wurden für das LoK-Vorhaben bislang rund

60 Millionen Euro verausgabt, die durch den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KEN-FO) gemäß den Regelungen des Entsorgungsübergangsgesetzes refinanziert wurden. Demgegenüber stehen geschätzte künftige Kosten für Errichtung und Betrieb von rund 1,9 Milliarden Euro (Stand 31. August 2023 ohne Inflation und Eskalation), die nun vermieden werden. Allerdings können auch die Einsparungen durch eine verkürzte Betriebszeit des Endlagers Konrad nicht eintreten, zu der seine logistisch optimierte Belieferung über ein rechtzeitig betriebsbereites Logistikzentrum geführt hätte.



 Welt.de | 12.12.2023 WEBLINK

Risse bei Atommüllfässern in abgeschaltetem AKW entdeckt

Bei Atommüllfässern im abgeschalteten Atomkraftwerk Emsland in Lingen sind Risse an Schweißnähten der Deckel festgestellt worden. Betroffen waren drei Fässer, wie das niedersächsische Umweltministerium am Dienstag mitteilte. Vorsorglich sollen alle Deckel der betroffenen Charge ausgetauscht werden. Der Fassdeckel verfügt zum Anheben über einen Greifring, der mit jeweils zehn innen- und außenliegenden Schweißnähten mit dem Deckel verbunden ist. Die Ursache für die Risse soll jetzt geklärt werden. Eine Gefährdung der Anlage, des Personals oder der Umgebung konnte jederzeit ausgeschlossen werden, wie das Ministerium mitteilte.

Die Behälter mit einem Volumen von 200 Litern sind

für die Aufnahme schwach- und mittelradioaktiver Abfälle des im April abgeschalteten Kraftwerks vorgesehen. Die Behälter werden vorübergehend bis zur Übergabe an die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung im Atomkraftwerk Emsland aufbewahrt.

Erst Anfang Oktober waren in der Anlage Schäden am Kühlsystem festgestellt worden. An zwei Zellenkühlern gab es Beschädigungen an Bolzen zur Befestigung von Heizelementen. Der Befund war laut Ministerium sicherheitstechnisch ohne Auswirkungen.

Das 1988 eröffnete Kraftwerk ging am 15. April als eines der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland endgültig vom Netz.



KURZMELDUNGEN

Bericht zu Kosten der Stilllegung und des Rückbaus der AKW

Klimaschutz und Energie — Unterrichtung — hib 933/2023

Berlin (hib/MIS). Die Bundesregierung hat dem Bundestag den inzwischen sechsten Bericht gemäß Paragraph 7 des Gesetzes zur Transparenz über die Kosten der Stilllegung und des Rückbaus der Kernkraftwerke sowie der Verpackung radioaktiver Abfälle (Transparenzgesetz) vorgelegt (20/9575). Der Bericht enthält eine zusammenfassende Bewertung über die finanzielle Vorsorge der Betreiber von Kernkraftwerken (KKW) für ihre Verpflichtungen zur Stilllegung und zum Abbau der KKW sowie der Verpackung ihrer radioaktiven Abfälle (Rückbauverpflichtungen). Der Bericht gründet

auf der Prüfung der von den Betreibern vorgelegten Informationen durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Die vorgelegten Informationen für das Jahr 2022 (Stichtag 31. Dezember 2022) umfassen insbesondere Angaben zum Haftungsbereich, die Aufstellungen der Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen sowie eine Darstellung der Verfügbarkeit liquider Mittel. Die Prüfung des BAFA hinsichtlich der Ermittlung der Rückstellungsbeträge habe zu keinen Beanstandungen geführt.